

Koordinierungsstelle
Flüchtlingsmanagement

Newsletter Flüchtlingsmanagement Nr. 7 – Januar 2020

Liebe Leser*innen,

2020 ist noch nicht sehr fortgeschritten, daher möchten wir als Team der Koordinierungsstelle Flüchtlingsmanagement die Gelegenheit nutzen, Ihnen zunächst alles Gute, Gesundheit und Zufriedenheit für das neue Jahr zu wünschen. Außerdem möchten wir uns für Ihr Interesse und die gute Zusammenarbeit in 2019 bedanken und hoffen, dass Sie uns auch in 2020 weiterhin als interessierte und kritische Leser*innen bzw. Partner*innen begleiten werden. Herzlich willkommen!

Wir von KoordFM sind bereits mitten in den Planungen für das Jahr 2020, sowohl inhaltlich als auch organisatorisch. Der Umfang und die Frequenz des Newsletters sollen in diesem Jahr ab nächster Ausgabe verändert werden: kürzere Beiträge und eine quartalsweise Herausgabe, so wir die Hinweise intern und extern berücksichtigen und unsere Informationen noch lesbarer gestalten wollen. Ab April starten wir dem neuen Format!

In diesem Jahr werden sich zwei Schwerpunkte – wie auch der Fokus dieses Newsletters – maßgeblich der Weiterentwicklung des Qualitäts- und Beschwerdemanagements und der Partizipation widmen. Denn nachdem im Juni 2018 das Pilotprojekt Beschwerdemanagement für Geflüchtete in LAF-Einrichtungen startete und im August 2019 mit einer Abschlussveranstaltung abgeschlossen worden ist, soll planmäßig ab 1. Juli 2020 die sogenannte „Berliner unabhängige Beschwerdestelle“ (BuBS) an den Start gehen. Die Umsetzung der BuBS als ein Ergebnis eines breiten zweijährigen Partizipations- und Austauschprozesses begleiten wir mit Spannung und möchten Sie an dieser Stelle gern (nachträglich) ein wenig in die Entwicklung mitnehmen:

Derzeit befinden wir uns in der Auswahl eines fachlich geeigneten und erfahrenen Trägers. Wir sind optimistisch, im I. Quartal 2020 ein überzeugendes Umsetzungskonzept vorliegen zu haben, mit welchem die BuBS konkret realisiert werden kann. Das ist nur die jüngste Entwicklung und Ergebnis von umfangreichen Vorbereitungen zur BuBS, die hinter den Kulissen bereits seit Langem laufen. Nach dem mehr als einjährigen Fachaustausch zum Qualitäts- und Beschwerdemanagement zu Flüchtlingsunterkünften fanden nunmehr seit Mitte 2019 zahlreiche zwischen KoordFM, Sozial- und Rechtsexpert*innen von SenIAS und Verantwortlichen aus dem LAF statt. Dabei war und ist das Problem nicht etwa, dass sich die einzelnen Beteiligten über Ziel und Umsetzung der BuBS nennenswert uneins gewesen wären. Natürlich musste sich über die konkrete Ausgestaltung der Beschwerdestelle verständigt werden, bis dann im Dezember endlich eine konkrete Maßnahmenbeschreibung vorgelegt werden konnte. Aber, insbesondere die interne Auseinandersetzung mit der EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und ein anschließendes Treffen mit der Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (BlnBDI) waren Anlass für eine tiefergehende Beschäftigung mit dem Thema Sicherheit der mit zukünftigen Beschwerden zusammenhängenden Daten einerseits und entsprechende Rechtssicherheit für die Arbeit der BuBS andererseits.

Dass die neuen Datenschutz-Standards nicht nur wichtig und richtig sind, sondern Unternehmen und Behörden auch vor bislang ungewohnte Herausforderungen stellen, ist ja nichts Neues und vielleicht auch Ihnen aus Ihrem beruflichen oder sogar privaten Alltag bekannt. Deswegen möchten wir uns an dieser Stelle auch bei allen Mitwirkenden der Arbeitsgruppe zur Entwicklung der BuBS für die konzentrierte Zusammenarbeit, den wertvollen Input und die notwendige Geduld bedanken.

Zunächst sind wir bei der Problemlösung ganz praktisch herangegangen und haben uns umgeschaut, wie andere Beschwerdestellen die Daten sowohl ihrer Beschwerdeführer*innen, als auch von möglichen Dritten schützen. Die Probleme dabei waren mannigfaltig und werden aktuell mit allen zuständigen Behörden bearbeitet.

In diesem Zuge haben wir unter anderem Kontakt mit dem Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, der Hamburger Ombudsstelle in der Flüchtlingsarbeit und der Ombudsstelle Köln aufgenommen und konnten zum Teil auf deren Erfahrungen zurückgreifen. Die einzelnen Informationen galt es dann im nächsten Schritt zusammen zu tragen und diese anschließend mit den Rechtsexpert*innen auf Validität, Vollständigkeit und Reichweite zu prüfen. Hier ist nicht die Stelle für komplizierte rechtliche Details. Gern stellen wir Ihnen jetzt schon eine nähere Vorstellung der BuBS für den nächsten Newsletter in Aussicht, wenn wirklich alle restlichen offenen Fragen geklärt sein dürften. Aktuell können wir schon mitteilen, dass wir diesbezüglich auf einem guten Weg sind: Der Entwurf differenzierter Datenschutz- und Einverständniserklärungen sind dem BlnBDI bereits zugesandt. Die verabredete Unterstützung in Form von rechtlicher Prüfung durch den BlnBDI hat zum Ziel, unsere Dokumente für die Beschwerdesprechstunde juristisch wasserdicht auszuformen und alle Bedenken nachhaltig auszuräumen.

Bis es soweit sein wird, möchten wir Ihnen unsere neueste Publikation ans Herz legen: Mit einer kleinen Verspätung ist im Januar die Broschüre zum Pilotprojekt Beschwerdemanagement als Dokumentation und Evaluierung des Prozesses in 2018/2019 in den Druck gegangen und wird in Kürze erscheinen. Auf unserer Webseite wird die Broschüre und weitere Daten der wissenschaftlichen Auswertung durch die Alice Salomon Hochschule veröffentlicht werden.

Unsere Auflage von 1.000 Exemplaren soll nicht nur die Beteiligten am Prozess bedienen, sondern alle relevanten Akteur*innen dieser Stadt im Flüchtlings- und Wohnungslosenbereich erreichen.

Wir wünschen Ihnen neue und tiefere Einblicke in das erprobte unabhängige Beschwerdemanagement mit Peer-to-Peer-Ansatz und stehen für Ihre Anregungen und weitere Diskussionen gern zur Verfügung.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen und uns ein erfolgreiches Jahr 2020!

Beste Grüße

Ihr KoordFM-Team

Sybill Schulz
Leiterin
Koordinierungsstelle
Flüchtlingsmanagement

Annegret Buchholz
Referentin

Guido Ben Shimon
Referent

Anil Aslan
Geschäftsstelle

I. Aktuelle Daten und Fakten

1. Zugänge von Asylbegehrenden 2018/2019

1	2		3		4		5		6		7		8		9 *		10 *	
Monat	Bund/ EASY 1)		Erstmeldungen in Berlin		Verteilung in andere BL		Verteilung Berlin		Zuweisungen anderer BL nach Berlin		Gesamt- zugang Berlin		Zugang Berlin in % gem. § 45 AsylVfG		Ergänzung aus Geschäfts- statistik BAMF			
			Summe Sp. 4,5,6								Summe Sp. 5+6				Asylantrags- zahlen 2/3)		davon Erst- anträge 2/3)	
	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019
Januar	14.098	13.052	1.131	1.025	411	354	592	476	128	195	720	671	4,73	5,14	15.077	17.051	12.907	14.534
Februar	12.172	10.351	882	846	281	312	472	407	129	127	601	534	5,01	5,16	12.490	14.321	10.760	12.289
März	12.649	10.087	893	780	241	260	481	394	171	126	652	520	5,12	5,16	12.622	12.762	10.712	10.965
April	11.822	10.431	828	789	233	253	436	378	159	158	595	536	5,10	5,14	13.163	12.353	11.385	10.488
Mai	11.737	8.774	840	721	238	273	475	330	127	118	602	448	4,98	5,11	12.494	12.891	10.849	11.146
Juni	11.831	7.969	838	739	237	332	476	267	125	140	601	407	5,08	5,11	13.254	9.691	11.509	8.288
Juli	13.324	10.957	1.118	840	441	260	577	407	100	173	677	580	5,20	5,29	15.199	14.108	13.194	12.298
August	11.673	9.962	889	685	296	174	475	473	118	38	593	511	4,97	5,13	15.122	12.772	13.141	11.076
September	10.609	10.117	758	799	215	290	354	490	189	19	543	509	5,18	5,03	12.976	12.536	11.239	10.830
Oktober	11.719	11.177	817	889	222	306	414	553	181	30	595	583	4,98	5,22	14.824	12.938	13.001	11.100
November	11.226	9.973	875	907	301	402	417	488	157	17	574	505	5,09	5,06	14.130	12.096	12.118	10.263
Dezember	9.963	9.900	632	979	125	467	461	485	46	27	507	512	5,19	5,17	10.561	9.851	8.900	8.359
Summe	142.823	122.750	10.501	9.999	3.241	3.683	5.630	5.148	1.630	1.168	7.260	6.316	5,08	5,15				

* Die Monatswerte können wegen evtl. nachträglicher Änderungen nicht zu einem Jahreswert addiert werden.

1) Die Bundeszahlen sind der EASY-Statistik Nürnberg zum Stichtag: letzte Tag d.M. 23:59 Uhr entnommen

2) Die Bundeszahlen sind der Geschäftsstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge entnommen (Antrags-, Entscheidungs- u. Bestandsstatistik)

2. Berlin – Zuzug und Unterbringung in LAF-Unterkünften (Stand: 4. Quartal 2019)

Zeitraum*	Zuzug nach EASY **	Zeitraum*	Zuzug nach EASY **	Zeitraum*	Zuzug nach EASY **
Q1/2018	1.973	Q1/2017	2.058	Q1/2016	9.369
Q2/2018	1.798	Q2/2017	1.872	Q2/2016	2.443
Q3/2018	1.813	Q3/2017	2.123	Q3/2016	2.532
Q4/2018	1.676	Q4/2017	2.232	Q4/2016	2.545
Gesamt 2018	7.260	Gesamt 2017	8.285	Gesamt 2016	16.889

*) Q = Quartal

**) EASY-System ist eine IT-Anwendung zur Erstverteilung der Asylbegehrenden auf die Bundesländer. Die Asylbegehrenden werden damit zahlenmäßig auf die einzelnen Bundesländer verteilt. Die quotengerechte Verteilung erfolgt unter Anwendung des sog. „Königsteiner Schlüssel“. Die Berechnung des Königsteiner Schlüssels wird jährlich von der Geschäftsstelle der Bund-Länder-Kommission durchgeführt. Dem Königsteiner Schlüssel für das jeweilige Haushaltsjahr liegen das Steueraufkommen und die Bevölkerungszahl des Vorjahres zugrunde. Im EASY-System wird jeweils der Königsteiner Schlüssel angewendet, der für das vorangegangene Kalenderjahr im Bundesanzeiger veröffentlicht wurde.

Zuzug nach EASY 2019 monatlich			
Januar	671	Juli	580
Februar	534	August	511
März	520	September	509
April	536	Oktober	583
Mai	448	November	505
Juni	407	Dezember	512
		Gesamt 2019	6.316

Untergebrachte Geflüchtete in LAF-Unterkünften

Art der Einrichtung	Anzahl	Kapa- zität	Belegung	Nicht belegte Plätze	Verfü- bare Plätze	Geblock- te Plätze*
Aufnahmeeinrichtung	9	2.115	1.596	519	42	477
Gemeinschaftsunterkunft	74	23.134	19.366	3.768	1.475	2.293
Summe aller Unterkünfte	83	25.249	20.962	4.287	1.517	2.770

Quelle: LAF- Referat III A - Strategische Gesamtplanung, Steuerung & Koordination mit Stand: 29.11.2019

Aufschlüsselung der zuvor genannten Zahlen erfolgt in der Anlage zum Fact-Sheet.

Erläuterung zu geblockten Plätzen

Soweit Baumaßnahmen in einer Unterkunft im Betrieb durchgeführt werden, erfordert dies einen temporären Belegungsstopp für den Zeitraum der Ausführung der Bauarbeiten. Zu unterscheiden sind hierbei bauliche Maßnahmen die durch den Eigentümer des Gebäudes und die im Rahmen der vertraglichen Pflichten durch die Betreiber veranlasst werden. Hierzu zählen insbesondere Zimmerrenovierungen und Reinigungsleistungen nach Bewohnerauszügen.

- Per 29. November 2019 waren entsprechend der Anlage des Fact-Sheets 1.063 Plätze wegen baulicher Maßnahmen der Eigentümer und 342 Plätze wegen baulicher Maßnahmen der Betreiber nicht belegbar.

Für die durchzuführenden Freizüge von Unterkünften, Umzüge aus Unterkünften sowie Korrekturen in den Belegungen der Aufnahmeeinrichtungen werden temporär Plätze reserviert, um ein geordnetes Verfahren zu ermöglichen.

- Per 29. November 2019 waren entsprechend der Anlage des Fact-Sheets 281 Plätze für den Freizug, Umzüge bzw. die Belegungskorrektur in Aufnahmeeinrichtungen reserviert.

Bei gesundheitlichen Gefahren (Windpocken, Bettwanzen u.ä.) werden nach Abstimmung mit den bezirklichen Gesundheitsämtern temporäre Belegungsstopps für die betroffenen Unterkünfte ausgesprochen.

- Derzeit wurde kein Belegungsstopp aus diesem Grunde ausgesprochen.

Bei besonderen Unterbringungskonstellationen, z.B. Familien, werden einzelne freie Plätze in Zimmern, Apartments und Wohnungen nicht mit familienfremden Personen belegt (nicht passgerechte Belegung). Ebenfalls unter diesen Punkt fallen Überbelegungen, die z. B. durch die zusätzliche Aufstellung von Kinderbetten entstehen.

- Per 29. November 2019 wurden 776 Plätze nicht belegt, um keine familienfremden Personen mit Familien gemeinsam unterzubringen. Darüber hinaus ist eine Überbelegung von 316 Plätzen zu verzeichnen.

Darüber hinaus sind Plätze nicht belegbar, weil Vertragsanpassungen bezogen auf die Kapazität, Beschaffungsprozesse für notwendige Ausstattungsgegenstände in der Abstimmung sind. Diese nicht belegbaren Plätze sind unter „sonstige Gründe“ zusammengefasst.

- Per 29. November 2019 wurden 624 Plätze aus sonstigen Gründen nicht belegt.

Verteilung auf die Bezirke – Untergebrachte Geflüchtete in LAF-Unterkünften in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften

Bezirk	Anzahl der Unterkünfte	Anzahl Plätze	Anzahl belegte Plätze	Anzahl nicht belegte Plätze	Anzahl verfügbarer Plätze
Charlottenburg-Wilmersdorf	7	1.368	1.202	166	99
Friedrichshain-Kreuzberg	3	704	646	58	41
Lichtenberg	12	3.811	3.431	380	188
Marzahn-Hellersdorf	8	3.794	2.770	1.024	156
Mitte	4	837	701	136	16
Neukölln	4	1.460	947	513	116
Pankow	11	3.515	2.904	611	254
Reinickendorf	4	1.057	974	83	33
Spandau	6	2.008	1.779	229	149
Steglitz-Zehlendorf	7	2.121	1.874	247	152
Tempelhof-Schöneberg	8	2.618	2.221	397	188
Treptow-Köpenick	9	1.956	1.513	443	125
Gesamt	83	25.249	20.962	4.287	1.517

Quelle: LAF- Referat III A - Strategische Gesamtplanung, Steuerung & Koordination mit Stand: 29.11.2019

Temporär geschlossene Unterkünfte wegen Sanierungsmaßnahmen

Bezirk	Straße	Kapazität	Fertigstellung
Spandau	Askaniering	285	01.04.2020
Charlottenburg-Wilmersdorf	Eschenallee (Haus 1)	95	01.04.2020
Pankow	Bühringstraße	355	01.04.2020
Treptow-Köpenick	Wassersportallee	100	01.05.2020
Charlottenburg-Wilmersdorf	Soorstraße	180	01.07.2020
Neukölln	Haarlemer Straße	393	01.07.2021
Treptow-Köpenick.	Groß-Berliner-Damm	150	01.01.2022
Pankow	Storkower Straße	250	01.01.2022

Geschlossene Unterkünfte im 4. Quartal 2019

- Die Unterkunft Bühringstraße im Bezirk Pankow (Kapazität: 240 Plätze) wurde kurzfristig in der 46. Kalenderwoche komplett freigezogen. Im Rahmen der Sanierungsarbeiten der Unterkunft wurden so weitreichende Mängel festgestellt, dass ein Verbleib der Menschen nicht mehr vertretbar war. Alle Bewohner*innen wurden sofort informiert und in entsprechenden Gemeinschaftsunterkünften in der Wartenberger Str. bzw. in der Max-Brunnow-Str. (beide im Bezirk Lichtenberg) untergebracht.
- Die Aufnahmeeinrichtung Stresemannstraße im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg (Kapazität: 386 Plätze) wurde ebenfalls in der 46. Kalenderwoche geschlossen. Die Unterkunft wird mit Mietvertragsende dem Eigentümer zurückgegeben.

Eröffnete Unterkünfte im 4. Quartal 2019

- Aufgrund des bestehenden Verlegungsbedarfs aus dem Ankunftszentrum (AkuZ) in Erstaufnahmeeinrichtungen wurde am 8. November 2019 in der Treskowstraße im Bezirk Pankow (Kapazität: 250 Plätze) kurzfristig der Betrieb einer vorübergehenden Filiale des AkuZ in der Oranienburger Straße aufgenommen. Diese Erweiterungsunterkunft wird vom dortigen Betreiber des AkuZ, der Tamaja GmbH, betrieben. Für die Sicherheit im Objekt ist der Dienstleister SGB Schutz & Sicherheit GmbH zuständig.

Rückbau und Schließung von Tempohomes

Ergänzend zum 3. Quartal 2019 wurde in der 44. KW das im Jahre 2017 errichtete Tempohome Dingolfinger Str. im Bezirk Marzahn-Hellersdorf mit einer Kapazität von 245 Plätzen freigezogen. Betreiber war die Hero Zukunft GmbH.

Im 4. Quartal 2019 wurde bisher das Tempohome Buchholzer Straße im Bezirk Pankow mit einer Kapazität von 497 Plätzen freigezogen. Betreiber war ebenfalls Hero Zukunft GmbH.

Wohnungsbezug durch Asylbegehrende (Abgeschlossene Mietverträge)

Jahr	Personen	Fälle *	Davon WfF**	Anteil WfF %
2011	360	180	27	15
2012	550	285	120	42
2013	790	370	205	55
2014	1.300	570	260	45
2015	2.080	1.000	370	37
2016	4.160	2.136	486	23
2017	4.094	2.326	314	14
2018	2.142	1.298	709	55
2019				
Januar	129	86	12	14
Februar	147	84	33	39
März	171	96	38	40
April	97	72	8	11
Mai	137	89	30	34
Juni	178	110	79	72
Juli	211	125	111	89
August	192	113	69	61
September	136	93	55	59
Oktober	189	105	90	86
November	252	157	60	38
Dezember	145	89	92	103
Gesamt 2019	1.984	1.219	677	65

* Die Zahl der Fälle ist nicht mit der Zahl der Wohnungen gleichzusetzen. Volljährige Familienangehörige (außer Ehegatten) werden z.B. als eigener Fall erfasst.

** Kooperationsvertrag „Wohnungen für Flüchtlinge“

Vom 02.01. bis 27.12.2019 sind vom Mietsachgebiet des LAF 4.873 Mietangebote geprüft worden, davon konnten 1.276 Angeboten zugestimmt werden (in den übrigen Fällen waren die Unterlagen unvollständig). Die Zustimmung zum Mietangebot ist nicht gleichzusetzen mit Zustandekommen/ Abschluss eines Mietvertrages.

Freiwillige Rückkehr seit 2016

Art der Ausreise	Anzahl
Ausreisen durch freiw. Rückkehr (REAG/GARP)* 2016	2.096
Ausreisen durch freiw. Rückkehr (REAG/GARP)* 2017	1.107
Ausreisen durch freiw. Rückkehr (REAG/GARP)* 2018	640
Ausreisen durch freiw. Rückkehr (REAG/GARP)* 2019	688

* bundesweite humanitäre Hilfsprogramme, kofinanziert von Bund/Ländern/EU und administriert von der International Organisation für Migration (IOM)

II. Qualitätsmanagement in Berliner Flüchtlingsunterkünften

1. Jahresrückblick und Ausblick der Senatorin Elke Breitenbach

Hinter uns liegt ein arbeits- und ereignisreiches Jahr. 2019 haben wir viel erreicht und uns neue Ziele gesteckt. Wir werden die „Berliner unabhängige Beschwerdestelle“ (BuBS) an den Start bringen, die Zielgruppe des Projektauftrages "Gesamtstädtische Steuerung der Unterbringung Wohnungsloser (GStU) erweitern, den Einsatz der mobilen Integrationslots*innen in der Qualitätssicherung fortführen und das Leben in den Unterkünften so weit wie möglich vereinfachen.

Wie bereits erwähnt, wird der Startschuss für die Berliner unabhängige Beschwerdestelle (BuBS) am 01. Juli 2020 ein ganz besonderes Ereignis des laufenden Jahres, dass wir mit Vorfreude und Spannung erwarten. Denn im entsprechenden Pilotprojekt „Unabhängiges Beschwerdemanagement in Flüchtlingsunterkünften des LAF“ des letzten und vorletzten Jahres hat sich eindeutig gezeigt, dass die Geflüchteten in den Unterkünften einen relevanten Bedarf an einer behördenunabhängigen Beschwerdestelle benennen. Es ist mir ein persönliches Anliegen, diesen Bedarf nun nachhaltig zu bedienen und insbesondere Handlungsspielräume bei strukturellen Mängeln auszuloten. Dies insbesondere auch weil vorgesehen ist, die BuBS im Zuge einer zweiten Phase – allerdings erst im Laufe von 2021 – im Rahmen des Projektauftrages GStU für alle Wohnungslosen, also auch für jene ohne Fluchthintergrund, zu öffnen. Denn die Situation für Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen – ganz gleich ob mit oder ohne Fluchthintergrund – ist schon hart genug. Umso wichtiger ist es für uns, alles zu tun, um die qualitätsgeprüfte und bedarfsgerechte Unterbringung sicher zu stellen und eben mittels der BuBS auch auf Dauer zu gewährleisten.



Foto: 3. Strategiekonferenz Wohnungslosenhilfe, Oktober 2019, SenIAS

Die Kooperation zwischen dem LAF und Save the Children Deutschland e.V. hinsichtlich der Qualitätssicherung in den Flüchtlingsunterkünften – dem sogenannten „Unterbringungs-TÜV“, nimmt seit der Unterzeichnung einer entsprechenden Kooperationsvereinbarung im Mai 2019 kontinuierlich an Form an. Derzeit wird ein Modellcheck in drei Unterkünften getestet, wobei die Erprobungsphase sich auf Grund von Baumaßnahmen in einer Unterkunft länger hingezogen hat, als ursprünglich geplant. Mit einer Auswertung und Präsentation ist im ersten Quartal 2020 zu rechnen. Von den Ergebnissen wird dann abhängen, welche TÜV-Module auch für andere Altersgruppen von Geflüchteten geeignet sind und in einer II. Modelphase in 2020 erprobt werden können.

Auch der Einsatz der mobilen Integrationslots*innen in der Qualitätssicherung konnte verstetigt werden. Die Lots*innen sind bereits seit einigen Monaten bei Begehungen der Unterkünfte durch das LAF beteiligt und können somit die Zufriedenheit der Bewohner*innen direkt erfragen.

Ebenfalls unter dem Stichwort Qualitätssicherung ist zu erwähnen, dass aktuell die Hausordnung für zukünftige Unterkünfte hinsichtlich der Berücksichtigung von einfacher Sprache und verstärkter Verwendung von Piktogrammen überarbeitet und in verschiedenen Sprachen den Betreibern und Bewohner*innen zur Verfügung stehen wird.

Wir werden unsere Spielräume auf Landesebene im Sinne einer humanitären Flüchtlingsaufnahme und Integrationspolitik weiterhin nutzen, um Berlin als solidarische Stadt und einen sicheren Hafen für Schutzsuchende zu gestalten.

Mein besonderer Dank geht an die zahlreichen Akteur*innen der Berliner Flüchtlingspolitik und meinen Mitarbeiter*innen, die Tag für Tag und Jahr für Jahr dem Ziel beitragen, dass Neu-Berliner*innen so schnell wie möglich ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Ich wünsche allen ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2020.

Ihre Elke Breitenbach

2. Interview mit Jana Borkamp, Leiterin der Abteilung II im Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF)

Frau Borkamp, mit welchen Aufgaben sind Sie im LAF betraut?

Ich leite seit Januar 2019 die Abteilung Unterkünfte und Verträge. In unserer Abteilung werden aktuell 84 Unterkünfte von der Eröffnung bis zur Schließung und Beräumung verwaltet. Dazu gehört, neben allen objektspezifischen Aufgaben, die Abstimmung mit den Bezirken, den Betreiber*innen, dem Wachschutz und natürlich auch dem Ehrenamt. An vielen Stellen arbeiten wir zusammen mit dem Baubereich der Abteilung III und der Qualitätssicherung in der Abteilung ZS. Seit Dezember 2019 ist im Rahmen interner Neuorganisation der Bereich Belegungssteuerung, Umzüge und Erstausrüstung dazu gekommen.



Foto: Jana Borkamp, privat

Was sind gerade Ihre größten Herausforderungen bei Ihrer jeweiligen täglichen Arbeit?

Die größte Herausforderung sind aktuell die vielen Freizüge, die zu organisieren sind. In 2020 wird der Schwerpunkt auf dem Bereich Vergabe liegen. Bei über 20 Unterkünften werden im ersten Halbjahr neue Betreiber gesucht. Diese müssen ausgewählt und beim Ankommen in den neuen Standorten begleitet werden. Gleichzeitig stehen weitere Standortschließungen, aber auch einige Eröffnungen an. Hier immer alle auf dem neuesten Stand zu halten, transparent zu informieren und gleichzeitig flexibel auf Veränderungen zu reagieren, wird 2020 im Fokus stehen.

Was sind aus Ihrer Sicht gerade die größten Herausforderungen, die das LAF zu bewältigen hat?

Das LAF übt sich gerade im Spagat zwischen Vergangenheitsbewältigung und Zukunft. Nach der erfolgreichen Aufpersonalisierung sind die neuen Kolleg*innen einzuarbeiten und tragfähige Strukturen für die Zukunft zu schaffen. Qualitätsstandards, Leistungsbeschreibungen und Verträge werden sukzessive aktualisiert und den heutigen und zukünftigen Erfordernissen und den Bedarfen der Zielgruppen angepasst. Gleichzeitig gibt es noch Lasten aus der Vergangenheit, die sukzessive auf- und abgearbeitet werden. Bei dem Ziel, eine „normale“ Behörde zu werden, will das LAF natürlich nicht die in der Krise gesammelten Erfahrungen vergessen, um weiterhin agil auf Bedarfslagen reagieren zu können.

Wie gehen Sie auf spezifische Bedarfe einzelner Gruppen (alleinreisende Frauen, LSBTIQs, Menschen mit Behinderung, etc.) ein bzw. welche spezifischen Angebote haben Sie für genannte Gruppen?

In der Vergangenheit gab es noch keine Übersicht über die realen Bedarfe einzelner Gruppen. Die ersten Erfahrungen wurden im praktischen Betrieb gemacht. Sukzessive wurden für besonders Schutzbedürftige, Frauen und LSBTI Unterkünfte entwickelt. Um aus Piloten und Modellprojekten in strukturelle Angebote zu kommen, werden aktuell für die verschiedenen Bedarfsgruppen Leistungs- und Qualitätsbeschreibungen erstellt. Dabei besteht jedoch die Herausforderung, den spezifischen Bedarfen gerecht zu werden und keine Doppelstrukturen zu den vorhandenen Regelsystemen, z.B. Hilfe zu Pflege und Eingliederungshilfe, zu errichten. Hierbei ist das LAF in Abstimmung mit der Senatsverwaltung und weiteren Behörden und Akteur*innen, die mit den verschiedenen Zielgruppen arbeiten.

In Bezug auf die Unterbringung befinden wir uns gerade in einer Umbruchphase: Etliche Tempohomes wurden schon freigezogen, viele weitere werden folgen. Zukünftig sollen Geflüchtete in MUF's (Modulare Unterkünfte für Geflüchtete) untergebracht werden. Wie bewerten Sie das?

Auch wenn das oberste Ziel der eigene Wohnraum ist, sind in Berlin Gemeinschaftsunterkünfte erforderlich - nicht nur für frisch Angekommene, sondern auch für die vielen Menschen mit Fluchthintergrund, die nur schwer Wohnraum finden und zum Teil über Jahre in Unterkünften des LAF leben. Aktuell bringt das LAF in seinen Unterkünften über 10.000 Menschen mit Fluchthintergrund unter, die schon von den Bezirken und Jobcentern betreut werden und keinen Wohnraum finden. Die neuen MUF-Bauten sind eine Basis für qualitätsgesicherte Unterbringung. Allerdings gibt es noch viele Bestandsgebäude, die in Krisenzeiten angemietet wurden, nicht immer als Wohnraum geplant waren und nach wie vor für die Unterbringung erforderlich sind. Hierzu gehören ehemalige Schulen und Bürodienstgebäude, die häufig baulich und im Betrieb kreative Lösungen erfordern.



Foto: Ankunftszentrum Reinickendorf (AkuZ) 2019, LAF

III. Weitere Projekte und Informationen

1. Abschlussveranstaltung der Ausstellungsreihe 2019 mit Expert*innen-Talk „Gemeinsame Wurzeln – Gesellschaft der Vielfalt“ & Vernissage „CROCUS – THE COMMON ROOT OF CULTURE“ von KoordFM

Am 9. Dezember 2019 wurde im Rahmen der Abschlussveranstaltung die letzte Ausstellung für das Jahr 2019 „CROCUS – THE COMMON ROOT OF CULTURE“ - ein Projekt von Geflüchteten zu gemeinsamen Ursprüngen verschiedener Kulturen – im Rahmen des Expert*innen-Talks „Gemeinsame Wurzeln – Gesellschaft der Vielfalt“ eröffnet. Als Diskutant*innen begrüßte **Leiterin Sybill Schulz** neben **Senatorin Elke Breitenbach** den **Rabbiner David Gvirz** von der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, **Kazim Erdogan** vom Projekt Aufbruch Neukölln e.V. und **Naïla Chikhi** als Vertreterin von säkularen Geflüchteten. Außerdem haben zwei Protagonistinnen des Ausstellungsteams, **Hanadi Arafat** und **Rojda Brimko**, auf dem Podium mitdiskutiert.



Foto: Podium Expert*innentalk, SenIAS

Mit dem Ausstellungsprogramm 2019 hat die Koordinierungsstelle Flüchtlingsmanagement die Vielfalt des Engagements und der Aktivitäten Geflüchteter sichtbar gemacht und den Themen Flucht und Migration in der Senatsverwaltung Integration, Arbeit und Soziales Raum gegeben. Diesem Anspruch wird natürlich auch die aktuelle Ausstellung gerecht, die darüber hinaus Fragen nach gemeinsamen Wurzeln und gemeinsamen Zukunftsbildern stellt. Dementsprechend drehte sich auch die Diskussion der Expert*innen immer wieder maßgeblich um die beiden Stichworte „Verbindendes“ und „Trennendes“ und inwiefern beides für eine demokratische Gesellschaft bereichernd sein kann.

Auf die Eingangsfrage, ob wir uns derzeit in einer gravierenden Krise der Demokratie befinden und wie wir dieser gegebenenfalls begegnen können, äußerte sich Senatorin Breitenbach besorgt, aber zuversichtlich: Es gäbe tagtäglich Angriffe auf Demokratie durch Übergriffe aufgrund der sexuellen Orientierung, des Geschlechts, eines Migrationshintergrundes oder der Religion. Es gibt nur einen Weg, dem zu begegnen: Die, die für die freiheitliche Gesellschaft eintreten, müssten auch zusammenstehen, so Breitenbach weiter. Von einer konkreten Krise wollte Kazim Erdogan nicht sprechen, Angriffe auf die Demokratie habe es immer gegeben. Die Frage sei, wie eine Gesellschaft damit umgehe und nicht wegschaue, sondern sich der Herausforderung stelle, so Erdogan. Rabbiner Gvirz konnte dieser Aussage nur zustimmen: Der größte Fehler, der zu machen sei, sei nichts zu machen. Viele Menschen, die zu uns kämen, würden Demokratie nur aus dem Wörterbuch, aber nicht angewendet kennen. Diese müssten unterstützt werden und es müsse überlegt werden, wie in solchen Fällen Demokratie nachhaltig vermittelt werden könnte, unterstrich Gvirz.

Im Folgenden entspann sich eine Diskussion, ob in den öffentlichen Diskursen wieder mehr das Verbindende, und nicht die Unterschiede in den Vordergrund gestellt werden sollten. Naïla Chikhi wünschte sich mehr Dialog und Diskussion über Trennendes: „So lange ich nicht weiß, warum ich abgelehnt werde, kann ich nicht nach einer gemeinsamen Basis suchen.“ Gleichzeitig bedauerte sie, dass nach ihrem Eindruck immer mehr Gruppen entstanden seien und darüber vergessen würde, dass es sich vor allem um Menschen handele. Dieser Aussage schloss sich David Gvirz an: In seinem Unterricht hätte er vier verschiedene Sprachen – seine Aufgabe sei es dabei, dass alle die gleiche Sprache fänden. Gott habe alle Menschen gleich erschaffen, die Unterschiede habe erst der Mensch hinzugefügt.

Dies sei auch Dreh- und Angelpunkt der Ausstellung, unterstrichen die Protagonistinnen Hanadi Arafat und Rojda Brimko: Das Ausstellungsteam wollte zeigen, dass Geflüchtete in erster Hinsicht Menschen

sein, wie alle anderen auch - mit Bedürfnissen und Träumen und dem Wunsch nach Wertschätzung und Respekt. Senatorin Breitenbach ergänzte dazu, dass es nach Ihrer Erfahrung viele Geflüchtete sehr bedauern, keinen Kontakt zu langjährigen Einwohner*innen zu haben, weil somit eben der Austausch fehlt. Junge Menschen hätten die Schule oder die Uni, aber gerade Ältere blieben eher unter sich. Für diese wichtigen Begegnungen müssten Räume geschaffen werden, so Breitenbach.

Unterschiedlich zu sein sei ein Reichtum, pflichtete Kazim Erdogan bei. Gerade jene mit Zuwanderungshintergrund sollten sich daher einbringen und ihre Geschichte erzählen, denn es käme auf Kommunikation an. Auch Naïla Chikhi stimmte zu: Geflüchtete und andere Migrant*innen brächten ihre Geschichte mit und trügen zur Vielfalt in der Mehrheitsgesellschaft bei. Dabei müsse die Mehrheitsgesellschaft aber ebenfalls anerkennen, dass auch Migrant*innen keine homogene Masse seien. Darüber hinaus müsse man nicht immer einer Meinung sein, sondern der Weg sei, andere Meinungen zu respektieren. Ein Beitrag aus dem Publikum verwies darauf, dass Ausgrenzung immer dann aufhöre, wenn Menschen sich begegnen würden. Außerdem wäre Angst häufig ein großer Teil des Hasses. Auch diese lasse sich am besten mit Begegnung und Kommunikation bewältigen - nicht nur über Religion, sondern auch über Kunst und Kultur.

Zum Ende der Diskussion ging die Senatorin noch einmal grundsätzlich auf einen anderen „trennenden“ Aspekt ein, nämlich die mangelhafte Struktur, Geflüchtete einzubinden und zu empowern. In fünf Jahren, so Breitenbach, sollten Geflüchtete bei Bezug einer eigenen Wohnung nicht mehr auf Sozialarbeiter*innen angewiesen sein, sondern ausreichend Kenntnis über Strukturen haben, um sich autonom und selbstbewusst in unserer Demokratie zu bewegen und ihre Rechte wahrnehmen zu können. Zur Partizipation und demokratischen Teilhabe gehöre aber eben auch der eigene Wohnraum, was ein Problem wäre: Derzeit gäbe es in den Unterkünften rund 11.000 statusgewandelte Menschen, die teilweise sogar schon in Lohn und Arbeit stünden und keine Wohnung fänden. Laut Breitenbach wäre es wünschenswert, wenn insbesondere die Bezirke sich an dieser Stelle mehr einbrächten, um verstärkt Unterkünfte in Wohnungs- und Apartmentstruktur zu bauen, damit diese dann im Nachhinein auch für Obdachlose und andere Bedarfsgruppen geöffnet werden könnten.

Bevor die Ausstellung offiziell eröffnet wurde, äußerte sich das Ausstellungsteam noch einmal zu den Hintergründen der Ausstellung: Hauptmotivation für die Teilnahme am Projekt war, zu verdeutlichen, dass sie ihre Heimat nicht freiwillig verlassen haben. Darüber hinaus sollte gezeigt werden, dass Geflüchtete ebenso Menschen sind - mit Hobbies, mit Strafzetteln, mit Fehlern aller Art; keine*r gleich und alle anders - und auch als solche betrachtet und behandelt werden wollen.

Sybill Schulz bedankte sich bei allen Podiumsteilnehmer*innen, Gästen und vor allem bei den jungen Protagonist*innen, die deutschlandweit angereist waren, und ihrer Unterstützerin Dr. Beatrice Moreno für ihr besonderes Engagement für geflüchtete Menschen.

Die Ausstellung ist noch bis März 2020 täglich von 08:00 bis 18:00 Uhr in der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Oranienstraße 106, auf dem ersten Treppenabsatz des Foyers und im Flurbereich der Senatorin im 2. OG zwischen den Räumen 2.120 und 2.014 zu besichtigen.



Foto: Senatorin Elke Breitenbach mit den Protagonist*innen der Ausstellung CROCUS, 09.12.2019, SenIAS

2. Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales: Besuch der Beratungsstelle Trixiewiz e.V. anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen - vom 25.11.2019

Am 25. November 2019 besuchte die Beauftragte des Senats für Integration und Migration, Katarina Niewiedzial, anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen, den migrantischen und feministischen Verein Trixiewiz in der Bernkasteler Strasse 78 in Berlin-Weißensee. Mit dabei waren die Leiterin der Koordinierungsstelle Flüchtlingsmanagement von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Sybill Schulz, und die Leiterin von Trixiewiz e. V., Teresita Cannella. Die Integrationsbeauftragte **Katarina Niewiedzial** sagte: „Es freut mich, dass wir mit dem Besuch die Arbeit der Migrantenorganisation Trixiewiz ins Zentrum rücken, die sich beim Thema Gewalt gegen Frauen seit Jahren stark engagiert. Mir gefällt ihr Ansatz: Frauen, egal welcher Herkunft, zu stärken, untereinander zu vernetzen und zu ermutigen, für sich selbst zu sprechen. Das ist gerade bei schwierigen Themen besonders wichtig.“

Im Mittelpunkt der Arbeit von Trixiewiz stehen Projekte, die Geschlechterverhältnisse in verschiedenen Gesellschaften und Kulturen beleuchten und grenzübergreifend demokratische Strukturen und gleichberechtigte Beziehungen fördern. Darüber hinaus will Trixiewiz dazu beitragen, Migrationsprozesse zu verstehen und interkulturelle Kommunikation zu ermöglichen. Trixiewiz ist Anlaufstelle für von Gewalt betroffenen Frauen.

Für Beratungsstellen dieser Art gibt es leider immer noch dringenden Bedarf: In Deutschland wird jeden Tag eine Frau durch ihren (Ex-)Partner unmittelbar mit dem Tode bedroht; an jedem dritten Tag wird eine Frau durch ihren (Ex-)Partner getötet. So steht es in einer Statistik des Bundeskriminalamtes aus dem Jahr 2018. Insgesamt wurden im Jahr 2017 113.965 Frauen Opfer sogenannter Partnerschaftsgewalt, das sind 82,1 Prozent des Gesamtaufkommens (Zahlen für 2018 liegen noch nicht vor). Die Polizei geht von einer wesentlich höheren Dunkelziffer aus, weil die Straftaten nicht immer angezeigt werden. Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) erfasste folgende versuchte oder vollendete Delikte gegen Frauen:

- Vorsätzliche, einfache Körperverletzung: knapp 69.000
- Bedrohung: über 16.700
- Gefährliche Körperverletzung: rund 11.800
- Bedrohung, Stalking, Nötigung: knapp 29.000
- Mord und Totschlag: 364



Foto: Besuch bei Trixiewiz e.V., November 2019

In puncto Vergewaltigung und sexueller Nötigung innerhalb von Partnerschaften sind Frauen zu fast 100 Prozent die Opfer. Von Stalking und Bedrohung durch (Ex-)Partner sind fast 90 Prozent der Betroffenen Frauen. Bei vorsätzlicher, einfacher Körperverletzung sowie bei Mord und Totschlag in Paarbeziehungen sind 81 Prozent der Opfer weiblich.

Sybill Schulz, die Leiterin der Koordinierungsstelle Flüchtlingsmanagement, hält angesichts dieser Zahlen die Tätigkeit von Initiativen und Projekten wie Trixiewiz für unerlässlich: „Die vorliegende Datenlage kann nur fassungslos machen. Umso wichtiger ist die Arbeit von erfahrenen Initiativen wie Trixiewiz die ein offenes Ohr haben und die Frauen darin bestärken, dass diese keine Verantwortung für das Erlittene trifft. Das Problem ist niemals die Frau, die Opfer von Gewalt wird, sondern die Person, von welcher die Gewalt ausgeht. Eine unabhängige Beschwerdestelle für geflüchtete Menschen wird ab 2020 auch betroffene Frauen unterstützen.“

Die Leiterin von Trixiewiz, **Teresita Cannella**, sagt: „Im Mittelpunkt der Frage der Beseitigung von Gewalt gegen Frauen steht der intersektionelle Ansatz und die Betrachtung der Gewalt auf unterschiedlichen systematischen Ebenen und den vielseitigen Machtpositionen auf diesen.“

Eine **anonyme Betroffene** sagt: „Wir wünschen uns eine direkte und erweiterte Anlaufstelle, die gendersensibel und mehrsprachig arbeitet und uns die Möglichkeit gibt, unsere Sicht der Gewalterfahrungen zu vertreten, und die dementsprechend agiert.“

3. Die „Nacht der Solidarität“

Wohnungslosigkeit in Berlin stellt aktuell eine große Herausforderung dar. Dies betrifft auch obdachlose Menschen. Bisher weiß niemand genau, wie viele Menschen in Berlin auf der Straße leben. Die Schätzungen reichen von ca. 2.000 bis 10.000 Menschen.

Erstmalig wird in Berlin die **Nacht der Solidarität – Zählung der obdachlosen Menschen** vom **29. auf den 30. Januar 2020** durchgeführt. Um diese Herausforderung bewältigen zu können, konnten bereits mehrere tausende freiwillige Helfer*innen gewonnen werden. In Teams von mindestens drei Freiwilligen soll in der Nacht von **22 Uhr bis 1 Uhr** ein im Vorfeld festgelegter Bereich abgelaufen und die dort angetroffenen obdachlosen Menschen gezählt, und wenn möglich kurz befragt werden. Die Teilnahme ist freiwillig. Die Angaben werden vertraulich behandelt und können nicht auf Einzelpersonen zurückgeführt werden. Über 700 Teams bzw. über 3.000 Freiwillige werden so in der *Nacht der Solidarität* in der gesamten Stadt unterwegs sein. Die Bereitschaft der Berliner*innen, sich in der Nacht zu engagieren, ist hoch und verdeutlicht das Potenzial der Stadtgesellschaft.



Elke Breitenbach, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, über das Vorhaben:

„Wir erfüllen mit der Obdachlosenzählung eine langjährige Forderung von Wohlfahrtsverbänden und Sozialarbeiter*innen. Denn je genauer wir wissen, wie viele Menschen auf der Straße leben, welche Sprache sie sprechen und welches Geschlecht sie haben, desto besser können wir Angebote organisieren und verbessern, sei es mit Dolmetscher*innen in der Straßensozialarbeit, mit Schlafplätzen für Frauen oder mit speziellen Beratungsangeboten.“ Es ist die erste Obdachlosenzählung dieser Art in Deutschland. Berlin orientiert sich bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Zählung an den Erfahrungen anderer Metropolen wie Paris, New York, Brüssel und Lissabon. Ein Expert*innen-Beirat begleitet das Vorhaben.

Viele Informationen und Veranstaltungen über die prekäre Situation wohnungsloser Menschen rahmen das Vorhaben. Veranstaltungen können über die Webseite eingesehen werden.

Auf Grundlage der Ergebnisse wird Berlin seine Hilfs- und Beratungsangebote ausweiten und spezialisieren.



Beide Fotos: SenIAS 2019

Interessiert? Dann informieren Sie sich noch heute über das Vorhaben auf der folgenden Webseite:
<https://www.berlin.de/nacht-der-solidaritaet/>

4. Neues aus der Senatskanzlei

In der Berliner Senatskanzlei werden zahlreiche Aktivitäten rund um das freiwillige Engagement und die Demokratieförderung in Berlin koordiniert. Auf der Seite „bürgeraktiv“ (<https://www.berlin.de/buergeraktiv/>) kann man sich über die verschiedenen Aktivitäten des Senats im Bereich der Engagementförderung informieren.

Am 1.12.2019 wurde im Roten Rathaus der #FARBENBEKENNEN-Award an engagierte Geflüchtete verliehen. Der Jurypreis für außergewöhnlichen „Gründergeist“ ging an den Mitgründer des FREEARTUS/LAWRENCE Restaurants, Bashar Hassoun. Den Publikumspreis erhielt Beslan Kabartai für die Gründung des Unternehmens Freudy UG. Beide Preise sind mit jeweils 10.000 Euro dotiert. Für besonderes Engagement gegen Antisemitismus wurde erstmals ein mit 5.000 Euro dotierter Sonderpreis verliehen. Er ging an die Ehrenamtliche Sandy Albahri von der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KlgA e.V.). Weitere Informationen: <https://farbenbekennen.de/>



Für alle, die sich über Projekte informieren wollen, bei denen man sich freiwillig engagieren kann, sind die Freiwilligenagenturen ein wichtiger Ort. In fast jedem Bezirk gibt es eine solche Freiwilligenagentur (Eine Übersicht findet sich unter folgendem Link: <https://www.berlin.de/buergeraktiv/informieren/buergerschaftliches-engagement/artikel.26352.php>). Dort erhalten freiwillig Engagierte, Menschen, die sich für ein Engagement interessieren, und Organisationen, die mit Freiwilligen zusammenarbeiten, jede Menge Informationen und Unterstützung rund ums Ehrenamt.

Mit der gemeinsamen Ehrenamtskarte würdigen die Länder Berlin und Brandenburg ihre besonders engagierten Bürgerinnen und Bürger. Die Karteninhaberinnen und -inhaber erhalten bei ausgewiesenen Partnern verschiedene Vergünstigungen, wie reduzierten Eintritt z.B. in Museen oder Schwimmbädern. Weitere Informationen sind unter folgendem Link zusammengestellt: <https://www.berlin.de/buergeraktiv/anerkennung/ehrenamtskarte/>



Foto: Frauen Monitoring Group mit Staatssekretär Integration Daniel Tietze, Februar 2019

Im Rahmen der Veranstaltung „Berlin sagt Danke“, die am 7. März 2020 stattfindet, bereiten viele Einrichtungen in Berlin freiwillig Engagierten ein sichtbares Dankeschön für ihre ehrenamtliche Tätigkeit. Im vergangenen Jahr haben rund 100 Organisationen mit 160 Angeboten wie kostenlosen Führungen, Veranstaltungen, freiem Eintritt oder Kontingenten an Freikarten den Aktionstag unterstützt. Das Ergebnis war ein buntes Programm: Zoo und Tierpark, der Bundesrat sowie zahlreiche Theater, Museen, Opern, Kunsthäuser und Schwimmbäder sagten gemeinsam mit dem Berliner Senat „Danke!“. Weitere Informationen werden auf der Seite [bürgeraktiv](https://www.berlin.de/buergeraktiv/) bekanntgegeben: <https://www.berlin.de/buergeraktiv/>

Aktuell wird an einer Berliner Engagementstrategie gearbeitet. In dieser Strategie soll festgelegt werden, wie Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und Unternehmen, freiwilliges Engagement noch besser fördern können. Im Januar findet das zweite von vier Themenforen statt. Auf diesem Themenforum wird diskutiert, welche Dinge wichtig sind, um die Infrastruktur der Engagementförderung in Berlin zu verbessern. Auf der folgenden Website finden sich auch weitere Informationen zur Engagementstrategie: <https://www.berlin.de/buergeraktiv/beteiligen/engagementstrategie/>

Kontakt:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
Senatskanzlei – Bürgerschaftliches Engagement und Demokratieförderung

5. IHK Leitfaden – Was tun bei Vorurteilen im Betrieb?

Wir alle kennen Situationen im beruflichen oder privaten Kontext, in welchen wir mit Vorurteilen gegenüber Geflüchteten konfrontiert werden und spontan keine schlagkräftige Antwort parat haben. Ein neuer Leitfaden soll dabei Impulse geben, um verbreiteten Vorurteilen entgegen zu können. Er kann auch dabei unterstützen, Sorgen z. B. von Betriebs-Belegschaften oder Partner*innen im Zusammenhang mit der Beschäftigung von Geflüchteten zu entkräften.

Entstanden ist der Leitfaden in der „Interessensgruppe Flüchtlinge“ – einem Zusammenschluss von Berliner Unternehmen, die sich für die Arbeitsmarktintegration Geflüchteter engagieren.

Er kann dazu dienen, die Beschäftigten präventiv zu sensibilisieren und auf Kolleg*innen mit Fluchthintergrund vorzubereiten, damit Vorurteile gar nicht erst entstehen.

Der Leitfaden wird laufend aktualisiert und steht unter folgendem Link zum kostenlosen Download bereit: <https://www.unternehmen-integrieren-fluechtlinge.de/news/argumente-gegen-diskriminierende-aussagen/>

Kontakt:

IHK Berlin | Fasanenstraße 85 | 10623 Berlin
Fachkräfte und Innovation
Tel.: +49 30 31510-153 | Fax: +49 30 31510-108
<http://www.ihk-berlin.de>

6. Bessere Unterstützung Geflüchteter durch die wohnortnahe Betreuung in den Agenturen für Arbeit und Jobcentern sowie Verbesserungen für Geflüchtete durch das Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz

Aufgrund eines Beschlusses des Rats der Bürgermeister (RdB) vom 20.12.2018 hat die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Soziales die Ausführungsverordnung „Zuständigkeit Soziales“ angepasst. Demnach werden seit dem 01.07.2019 neu zugehende, anerkannte Geflüchtete, die in Unterkünften des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) wohnen, von dem Jobcenter betreut werden, in dessen Bezirk die Unterkunft liegt. Bereits betreute Kunden/innen werden seit dem 01.01.2020 mit dem Auslaufen des jeweiligen Bewilligungsabschnitts sukzessive in die neue Zuständigkeit überführt. Zuvor war nach dem Geburtsmonatsprinzip jedes der 12 Jobcenter jeweils für Kunden/innen eines Geburtsmonats zuständig.

Die Regelung wird nun auch auf ausbildungs- und arbeitssuchende Kunden/innen, die über eine Aufenthaltsgestattung bzw. Duldung verfügen, übertragen werden. Damit gilt für Neukunden/innen und bereits betreute Kunden/innen ebenfalls seit dem 01.01.2020 die Wohnortzuständigkeit. Die Umstellung der bereits betreuten Kunden/innen erfolgt sukzessive. Dadurch können dann auch diese Kunden/innen von einer regionalen Betreuung und einer Vereinheitlichung der Verfahren profitieren.

Dies könnte zukünftig noch mehr Kunden/innen betreffen, da die Agenturen für Arbeit mit den neuen Migrationsgesetzen nun noch mehr Möglichkeiten für die Arbeit mit Geflüchteten haben. Im Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz wurde zum 01.08.2019 der Zugang von Ausländern/innen zu Maßnahmen der Ausbildungsförderung neu geregelt. Zudem wurde die Sprachförderung des Bundes (Integrationskurse und Berufssprachkurse) für Gestattete und Geduldete, die vor dem 01.08.2019 eingereist sind, weiter geöffnet. Ein frühzeitiger Spracherwerb und eine integrationsorientierte Begleitung sind essentiell für eine frühzeitige Integration in die Gesellschaft und in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Voraussetzung für den Zugang zum Sprachkurs ist die Bescheinigung der Arbeitsmarktnähe durch die Agenturen für Arbeit. Für die Beratung zu allen Themen rund um Arbeit, Ausbildung und Sprachkurse können Gestattete und Geduldete sich an die Agentur für Arbeit an ihrem Wohnort wenden.

Zuständige Agentur für Arbeit nach Bezirken:

Agentur für Arbeit Berlin Nord: Bezirke Charlottenburg-Wilmersdorf, Reinickendorf, Spandau, Pankow
Agentur für Arbeit Berlin Mitte: Bezirke Mitte, Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg, Friedrichshain-Kreuzberg

Agentur für Arbeit Berlin Süd: Bezirke Steglitz-Zehlendorf, Treptow-Köpenick, Neukölln, Tempelhof-Schöneberg

Für weitere Fragen bitte an die kostenlose bundesweite Service-Hotline wenden: 0800 4 555500

Kontakt:

Oliver Kurz

Fachbereichsleiter Fachbereich Marktentwicklung/Migration

E-Mail: Berlin-Brandenburg-Marktentwicklung@arbeitsagentur.de

7. Berlin entlastet Flüchtlingsbürgen von Rückzahlungen

Viele Menschen haben geholfen, Geflüchtete aus dem syrischen Bürgerkrieg zu retten und ihnen einen sicheren Fluchtweg nach Deutschland zu ermöglichen. Dafür haben sie eine Verpflichtungserklärung abgegeben. Mit dieser Bürgschaft haben sie sich verpflichtet, für den Lebensunterhalt der geflüchteten Menschen zu haften.

Viele haben die Verpflichtungserklärung in dem guten Glauben unterschrieben, dass sie nur bis zur Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft eintreten müssen und danach das Jobcenter einspringt. Erst viele Jahre später hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass die Haftung jedoch darüber hinausgeht und unabhängig vom Aufenthaltstitel drei Jahre bzw. nunmehr fünf Jahre andauert.

Das Land Berlin macht von seinem Weisungsrecht gegenüber den Jobcentern mit dem Ziel Gebrauch, in bestimmten Fällen Menschen finanziell zu entlasten, die für Angehörige von Geflüchteten als Bürginnen und -bürgen eingetreten sind. Die Betroffenen sollen die durch Landesmittel getragenen Hartz-IV-Leistungen nicht erstatten müssen. Darunter fallen etwa Kosten der Unterkunft und Heizung sowie die Leistungen für Bildung und Teilhabe.



Foto: Expert*innentalk, September 2019, SenIAS

Diese Regelung soll auch in den Sozialämtern und dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) entsprechende Anwendung finden.

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hatte in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) bereits am 1. März 2019 eine Weisung gegenüber den Jobcentern erlassen, wonach in Einzelfällen von einer Inanspruchnahme der Bürginnen und Bürgern abzusehen. Diese ist jedoch nicht ausreichend.

Elke Breitenbach, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales erklärt zur Berliner Weisung: „Angesichts der Not tausender syrischer Bürgerkriegsflüchtlinge haben sich viele Bürgerinnen und Bürger, darunter auch viele Berlinerinnen und Berliner, durch Abgabe einer Verpflichtungserklärung bereit erklärt, privat für die Kosten für Aufenthalt und Unterbringung aufzukommen und zu haften, um Geflüchteten die Einreise nach Deutschland zu ermöglichen. Auch ich habe auf diesem Weg eine

Angehörige einer aus Syrien geflüchteten Familie unterstützt. Viele Flüchtlingsbürgen haben Menschen vor Krieg, Folter und dem Tod bewahrt und in vielen Fällen für viele Jahre eine erhebliche finanzielle Last auf sich genommen. Dafür gilt ihnen mein herzlicher Dank!

Die Weisung des Bundes, in bestimmten Fällen auf Rückerstattungen zu verzichten, ist nicht ausreichend. Deshalb macht das Land Berlin von seinem Weisungsrecht in Bezug auf die kommunalen Leistungen Gebrauch. So sollen Bürginnen und Bürger nicht mehr die Unterkunftskosten zurückerstatten, wenn sie eine sogenannte Zusatzerklärung unterzeichnet haben. Wir hoffen, dass einige Bürginnen und Bürger vor Weihnachten aufatmen können.“

Die Berliner Weisung regelt – über die Weisung der BA hinaus - Fallkonstellationen, in denen nach Ausübung von Ermessen von einer Heranziehung von Verpflichtungsbürgern in Bezug auf die Erstattung von kommunalen Hartz-IV-Leistungen abzusehen ist. Dazu gehören u. a. auch diejenigen Fälle, in denen Bürginnen und Bürger neben einer Verpflichtungs- auch eine Zusatzerklärung unterzeichnet haben. Die Zusatzerklärung regelte im Unterschied zur Verpflichtungserklärung eine unbegrenzte Haftung. Dass sich beide Erklärungen widersprechen, darf nicht zu Lasten der Bürginnen und Bürger gehen.

Deshalb sollen Bürginnen und Bürger nunmehr keine Kosten der Unterkunft zurückerstatten.

Mit der Weisung soll eine einheitliche Rechtspraxis in den Leistungsbehörden sichergestellt werden. Die Weisung betrifft nicht den Verzicht auf die Rückerstattung des Regelsatzes. Insoweit hat das Land Berlin keine Weisungsbefugnis.

Pressemitteilung, SenIAS vom 19.12.2019

8. KulturTÜR - Das Magazin von und für Geflüchtete und ihre Nachbar*innen



Seit Herbst 2016 stellt die kulturTÜR eine Plattform für den Dialog zwischen Geflüchteten und Einheimischen dar. Bei wöchentlichen Treffen in den Räumen der DRK Südwest am Rathaus Steglitz diskutieren Neuankömmlinge aus Syrien, Afghanistan, Eritrea, dem Iran und Sudan mit alteingesessenen Nachbar*innen aus dem Bezirk. Dabei lernen sie sich kennen und besser verstehen. Die Themen spiegeln sich in Artikeln des Magazins kulturTÜR wieder. Das Projekt setzt auf Integration durch Dialog. Diskutiert wird in deutscher Sprache. Die wöchentlichen Treffen stehen allen Interessierten offen. Wir freuen uns auf Ihr Interesse!

kulturTÜR steht für Begegnung. Sie wird erst möglich, wenn wir unsere Türen öffnen. Das ist kein einseitiger Prozess: Nur wer bereit zum Austausch ist und offen auf andere zugeht, wird eine Bereicherung durch die verschiedenen Kulturen erfahren. Mit der kulturTÜR möchten wir die Tür zwischen Neuankommenden und Einheimischen öffnen. Wir wünschen uns, dass möglichst viele Leute durch sie hindurch und aufeinander zugehen; dass Menschen, egal woher sie kommen, miteinander kommunizieren, sich kennenlernen, Freunde werden.

Zu Beginn der Planung jeder neuen Heftausgabe stellen die Autoren ihre Artikelideen vor. Ein etwas längerer Prozess ist das Finden eines Leitthemas, über das zunächst ausführlich gemeinsam diskutiert und dann abgestimmt wird. Die Beiträge der kulturTÜR werden in Muttersprache geschrieben, redigiert und ins Deutsche übertragen. Beide Sprachversionen werden in der Zeitschrift gedruckt. Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich in einer Auflage von 2.000 Stück. Um auch über die Grenzen des Bezirks Steglitz-Zehlendorf hinaus wirksam sein zu können, gibt es die kulturTÜR auch online: www.kulturtuer.net

Die kulturTÜR ist ein Projekt der DRK Berlin Südwest gGmbH. Sie wird gefördert mit Mitteln des bezirklichen Integrationsfonds Steglitz-Zehlendorf. Der Integrationsfonds ist eine Maßnahme des Gesamtkonzepts zur Integration und Partizipation Geflüchteter des Senats von Berlin.

Kontakt:

kulturTÜR-Redaktion: Mittwochs von 15 bis 17 Uhr

Ort: Raum 402, DRK Berlin Südwest gGmbH, Düppelstr. 36, 12163 Berlin (S+U Rathaus Steglitz)

E-Mail: redaktion@drk-berlin.net; Tel. 030-79011-356

9. Organisation Life e.V. mit Angeboten für Geflüchtete

DOrA – Deutsch und Berufsorientierung für Frauen



Anacletha mit dem Kind einer weiteren Teilnehmerin von DOrA
© LIFE e.V.

Anacletha ist ein Organisationstalent. Vor knapp drei Jahren ist die Angolanerin nach Berlin gekommen und lebt mit ihren drei Kindern und ihrer Schwester in einem Heim in Friedenau. Sie hat es geschafft, für die beiden kleineren Kinder Plätze in einer Kreuzberger Kita zu finden, das dritte Kind geht - ebenfalls in Kreuzberg - in die Schule. Morgens machen sich die vier gemeinsam auf den Weg, denn wenn Anacletha die Kinder zur Schule und zur Kita gebracht hat, steht auch bei ihr selbst Lernen auf dem Programm: Sie ist eine der ersten Teilnehmerinnen von DOrA, einem neuen Bildungsangebot bei LIFE – Bildung, Umwelt, Chancengleichheit e.V. für neu zugewanderte Frauen, die volljährig und nicht mehr schulpflichtig sind. „Von Frauen für Frauen“ ist das Motto des fünfmonatigen Kurses, der jeweils 15-20 Teilnehmerinnen fit für den Einstieg in eine Ausbildung oder Arbeit machen will.

Deutsch lernen, Berufe ausprobieren

DOrA steht dabei für Deutschunterricht, Berufsorientierung und Ausbildung. Berufsbezogener Sprachunterricht als wichtigster Bestandteil wird mit Einblicken in verschiedene Berufsfelder und mit der Möglichkeit kombiniert, sich selbst besser einschätzen zu lernen.

Besonders geeignet ist der Kurs für junge Frauen die noch nicht genug Deutsch können, um eine Ausbildung zu beginnen oder in eine Integrierte Berufsausbildungsvorbereitung (IBA) einzusteigen. Auch für Frauen, die bereits einen ersten Deutschkurs bei der Volkshochschule (VHS) absolviert haben, bietet sich DOrA an. Im berufsbezogenen Deutschunterricht geht die Dozentin bei DOrA individuell auf das Sprachniveau der Teilnehmerinnen ein. Der erworbene Sprachstand wird zum Abschluss durch eine telc-Prüfung zertifiziert.

Zweiter Bestandteil des Kurses neben dem Sprachunterricht sind Exkursionen und berufspraktische Erfahrungen. Die Frauen erhalten ausführliche Informationen über die Themen Beruf und Arbeit in Deutschland, sie erkunden alle Berufsfelder, sie begegnen Vorbildern und Role Models, mit denen sie sich austauschen können, und sie probieren verschiedene Berufe an sogenannten Werkstatt-Tagen aus. Die Frauen bekommen ein Bewerbungstraining und absolvieren ein vierwöchiges Praktikum. Der Praktikumsplatz wird möglichst individuell und passgenau zu den Interessen, Bedürfnissen und Fähigkeiten jeder Frau ausgesucht.



Bildung • Umwelt • Chancengleichheit

Selbstbewusstsein stärken, Potentiale entdecken

„Ich möchte hier Deutsch lernen und Informationen über verschiedene Berufe bekommen“, erklärt Anacleta ihre Motivation für die Teilnahme am Kurs. Durch einen Flyer war sie in ihrer Unterkunft auf das Angebot aufmerksam geworden.



Gemeinsames Kochen bei „Über den Tellerrand“
© LIFE e.V.

Die größte Herausforderung in Deutschland sei die Sprache - und die Kälte, lacht sie. Der Sprachunterricht, die Berufsorientierung - an DOrA gefällt ihr beides gut, und beides fällt ihr leicht. In ihrer Heimat war Anacleta nicht berufstätig. Hier möchte sie nun gerne eine Ausbildung machen und später arbeiten, erzählt sie, „vielleicht am Empfang einer Klinik“.

Mit Hilfe der berufsorientierenden Inhalte und des Deutschunterrichts können die Teilnehmerinnen bei DOrA Perspektiven und Vorstellungen von einem Berufseinstieg entwickeln. Die kleine, geschlechterhomogene Gruppe bietet dafür den geschützten Raum, in dem die Frauen ihr Selbstbewusstsein stärken und ihre Potentiale entdecken können. Das spiegelt sich in den Kommentaren einiger Teilnehmerinnen wieder: „Ich

finde DOrA sehr gut, weil es hier eine sehr nette Lehrerin gibt. Mit den Mädels hier lerne ich noch mehr und besser.“ „Ich finde das DOrA Projekt super, weil es hier viel zu Berufsorientierung gibt. Ich habe viele Berufe kennengelernt.“ „Ich mag das DOrA Projekt, weil es sehr hilfreich ist, sowohl die Sprache zu lernen als auch Arbeitsorientierung zu haben. Das Personal ist sehr freundlich, hilfsbereit und aufmerksam.“ „Ich habe schon viele gute Ideen für eine Ausbildung. Ich freue mich sehr im Projekt zu sein.“ Auch Anacleta ist begeistert: „Ich lerne hier so viel“ sagt sie und wünscht sich noch mehr von diesem Orientierungsangebot - auch für viele weitere Frauen, die wie sie selbst in Deutschland sprachlich und beruflich ankommen wollen.

DOrA – Deutsch und Berufsorientierung für Frauen

Finanziert wird das Projekt DOrA aus Mitteln der Europäischen Union (Europäischer Sozialfonds) und der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales. Der erste DOrA-Durchgang startete Anfang September 2019 und dauert noch bis Ende Januar 2020.

Kursablauf: Der Kurs dauert fünf Monate. Der Deutschunterricht erfolgt an drei Tagen pro Woche, hinzu kommen Exkursionen und berufspraktische Erfahrungen an je einem weiteren Tag pro Woche. Unterrichtszeit ist von 9 bis 14 Uhr.

Weiterer Bestandteil: Vierwöchiges Praktikum in individuell ausgewählten Unternehmen und Organisationen.

Zielgruppe: volljährige, nicht mehr schulpflichtige Frauen mit Gestattung oder Duldung ohne Berechtigung zum Besuch eines Integrationskurses

Start des nächsten Durchgangs: **Februar 2020.**

Kontakt: Barbara Obele, Fon: 030 308 798-43, E-Mail: dora@life-online.de

<https://life-online.de/project/dora/>

Das Projekt DOrA wird gefördert aus Mitteln der Europäischen Union (Europäischer Sozialfonds) und der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales.



Senatsverwaltung
für Integration, Arbeit
und Soziales



CHANGE – Arbeiten in Zeiten des Klimawandels

Beruflich in Deutschland Fuß fassen, das wollen auch die Teilnehmerinnen im Projekt CHANGE - Arbeiten in Zeiten des Klimawandels. Diese Frauen sind allerdings schon einen großen Schritt weiter: Sie alle haben bereits im Ausland einen Studienabschluss erworben und suchen nun nach Möglichkeiten, ihre Kompetenzen in Deutschland in zukunftsweisenden Berufsfeldern einzusetzen.

In der sechsmonatigen Weiterbildung CHANGE bekommen Akademikerinnen mit Migrationshintergrund fachlichen Input, der ihre Aussichten auf einen erfolgreichen beruflichen (Wieder-)Einstieg verbessert.

Zhanara aus Kasachstan etwa hat in ihrer Heimat angewandte industrielle Ökologie studiert und danach als Businessstrainerin und Personalmanagerin in internationalen Unternehmen gearbeitet. In Deutschland war die Ingenieurin jedoch arbeitssuchend und wollte auch wieder näher zu ihren Studieninhalten zurück: „Trotz meines neuen Berufes interessierte ich mich immer für Themen der Umwelt und blieb umweltfreundlich in meinem persönlichen Leben“, berichtet die 42-Jährige. CHANGE bietet ihr gebündelt, was sie braucht: Sie wird auf die Anforderungen einer Arbeitswelt in Zeiten des Klimawandels vorbereitet, individuell bei der Arbeitsplatzsuche unterstützt und in ihrem Einfluss auf den Umgang mit den Folgen des Klimawandels gestärkt.



CHANGE – Arbeiten in Zeiten des Klimawandels
© LIFE e.V.

Chancen in neuen grünen Berufsbildern

Der Klimawandel verändert nicht nur unsere private Umwelt, sondern auch die Arbeitswelt. Neue Berufe entstehen, bestehende Berufe verändern sich. Für entsprechend qualifizierte Fachkräfte ergeben sich daraus interessante Chancen und Möglichkeiten, z.B. im Tourismus, in der Bauwirtschaft, im Naturschutz, in der Versicherungsbranche, in der Stadt- und Landschaftsplanung. Bereits heute gibt es dafür gute Beispiele: Stadtplaner*innen und Ingenieur*innen entwickeln klimaangepasste Konzepte, Biolog*innen beurteilen die Auswirkungen der Klimaveränderungen auf das Stadtgrün, Betriebswirt*innen werden für die Risikoabschätzung infolge des Klimawandels gebraucht.

Die CHANGE-Teilnehmerinnen lernen, ihre Vorkenntnisse zu nutzen und Möglichkeiten zu finden, ihre Qualifikationen im neuen Bereich einzusetzen. Entsprechend ist die Weiterbildung für Frauen mit

ausländischen Studienabschlüssen in Natur-, Ingenieurs-, Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften, in Kommunikation, Management, Tourismus oder Informatik interessant.



© LIFE e.V.

„CHANGE habe ich als eine gute Chance gesehen, nicht nur für meine berufliche Bildung und Entwicklung, sondern auch für das Networking in Berlin“, erzählt Zhanara. Denn die Teilnehmerinnen aus den unterschiedlichsten Ländern und Kontinenten eint das gemeinsame Interesse am Thema: „Ich war besonders beeindruckt, dass sich viele Frauen aus der ganzen Welt große Gedanken zum Klimawandel machen“, so Zhanara.

Inhaltlicher Input und individuelle Unterstützung

Neben inhaltlichem Input in Form von Fach-Workshops, Expertenvorträgen und durch Lernen im „virtuellen Klassenzimmer“ bekommen die Frauen Einblicke in die deutsche Arbeitswelt und verbessern durch integriertes Fach- und Sprachenlernen ihre Deutschkenntnisse, angepasst an die Erfordernisse am Arbeitsplatz. Kommunikation im Beruf, Konfliktmanagement, Zeit- und Selbstmanagement, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind weitere Themen.

Besonders hilfreich fand Zhanara die individuelle Unterstützung in der Karriere-Sprechstunde, beim Bewerbungs-Training und Coaching, auch die Informationen zu den Praktikumsstellen. Die Frauen werden bei LIFE e.V. rundum auf ihrem Weg zu einer ihrer Qualifikation angemessenen Arbeit unterstützt und werden gleichzeitig zu engagierten Klimamentorinnen, die ihre Arbeitgeber*innen in eine nachhaltigere Zukunft begleiten werden.

CHANGE - Arbeiten in Zeiten des Klimawandels

Die Weiterbildung wird von LIFE Bildung, Umwelt, Chancengleichheit e.V. in Rahmen des Berliner Landesnetzwerkes „Integration durch Qualifizierung“ (IQ) konzipiert und durchgeführt. Sie ist ESF-finanziert und für die Teilnehmerinnen kostenlos.

Zugangsvoraussetzungen: Studienabschluss aus dem Ausland, Kenntnisse der deutschen Sprache auf mindestens B2-Niveau, Computer- und Internet-Kenntnisse.

Ablauf: Die Weiterbildung dauert sechs Monate und besteht aus vier Monaten Unterricht und zwei Monaten Praktikum. Der Unterricht hat einen wöchentlichen Umfang von 30 Stunden und wird als Blended Learning durchgeführt: Jede Unterrichtswoche besteht aus zwei Präsenztagen und drei Tagen mit Online-Lernen, das eigenständig mit flexibler Zeiteinteilung erfolgt.

Für das kommende Jahr 2020 sind zwei Kurs-Durchgänge geplant:

13.01. - 30.04.2020 (mit beruflicher Praxis bis zum 24.06.2020)

18.05. - 02.10.2020 (mit beruflicher Praxis bis zum 27.11.2020)

Kontakt: Dagmar Laube (Projektkoordinatorin), Fon: 030 308 798-19, E-Mail: change@life-online.de

<https://life-online.de/project/change/>

Das Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds gefördert.



In Kooperation mit:



Das IQ Netzwerk wird koordiniert durch



LIFE Bildung, Umwelt, Chancengleichheit e.V.

LIFE e.V organisiert und betreut seit mehr als 30 Jahren Projekte in den Bereichen Bildung, Umwelt und Chancengleichheit. Fünf Themenfelder stehen dabei im Fokus: Umweltbildung und Klimaschutz, Arbeitsmarkt und Weiterbildung, Diskriminierungsschutz und Diversität, Schulentwicklung und innovative Lernkonzepte, sowie der Übergang zwischen Schule und Beruf.

10. Open Deutsch: Willkommenskultur 2.0 in Berlin

Kurze Fakten zur Migration in Deutschland

Einwanderungsstatistik der Bertelsmannstiftung (Zuwanderung und Digitalisierung 2019)

Nach der Prognose der Autoren braucht Deutschland jährlich ca. 260 000 Migranten, damit die Wirtschaft des Landes gut funktioniert. Davon stammen 114. 000 aus der EU- und 146 000 von Drittstaaten.

Unter Drittstaaten versteht man alle Länder, die nicht zur Europäischen Union gehören.

Migrationen und Migranten in Berlin

Alleine in Berlin gibt es 1 294 548 Einwohner/innen mit Migrationshintergrund. Dazu kommen noch 758. 550 ausländische Einwohnerinnen und Einwohner. Die Gesamtzahl aller Einwohner/innen beträgt 3.754.418. (Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2019)

Deutschland = Einwanderungsland

Seit 2017 ist Deutschland nach Angaben der OECD das **zweitgrößte Einwanderungsland** unter seinen Mitgliedern. Einwanderungsland bedeutet, dass Deutschland die Arbeitskräfte aus dem Ausland braucht,

weil sonst viele Arbeitsplätze nicht besetzt werden. In Krankenhäusern fehlen Ärzte und Krankenschwestern, in Betrieben Mechaniker und Handwerker, auch Lehrer sind nicht genügend vorhanden! Daher möchte die Regierung die legale Migration erleichtern und bereitet die entsprechenden Gesetze dafür vor. Voraussichtlich ab dem 1. März 2020 fallen viele bürokratische Hürden und der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt für qualifizierte Arbeitskräfte wird einfacher. Aber der politische Wille allein reicht nicht aus. Die Neuankömmlinge müssen in ihren neuen Alltag integriert werden. In Berlin gibt es einige Beratungsstellen für Migranten, an die man sich wenden kann, wenn man Hilfe braucht. Dazu gehören die Wohlfahrtsverbände, die kostenlose Hotline von BAMF etc. Aber die **neue Zeit** fordert **neue Lösungen!**

Die Digitalisierung ist schon längst in vielen anderen Bereichen angekommen und die Integration darf dabei keine Ausnahme sein. Deswegen entwickeln wir einen digitalen Wegweiser, der den Neuankömmlingen ihre ersten Schritte in Deutschland erklärt und dabei die Basis-Kenntnisse der deutschen Sprache vermittelt, damit sie alle Behördengänge usw. auch allein schaffen können. In den Tutorial-Videos werden die ersten Schritte erklärt. Die nötigen Formulare werden verlinkt und z.B. ins Englische übersetzt. Eine Interaktive App vermittelt die erforderlichen Vokabeln. Natürlich kann das Digitale keine persönliche Beratung ersetzen, deswegen werden auch Offline-Beratungsstellen und Vereine im Berliner Raum in den Wegweiser eingebunden. An der Schnittstelle von digital und analog wird eine neue Willkommenskultur entstehen, die eine nachhaltige Integration von Neuankömmlingen ermöglicht.



Open Educational Resources (OER) für Migrantinnen und Migranten

Die OER sind freilizenzierte Medien, die kostenlos zur Verfügung gestellt werden und sich bestens für die Lernzwecke eignen. Daher entwickeln wir u.a. eine **kostenlose OER-Plattform**, bei der man unterschiedliche Lernmaterialien für alle Niveau-stufen finden kann und damit Deutsch lernen kann. Man kann also Lernvideos schauen, Vokabeln lernen und Grammatik trainieren. Diese Lernmaterialien verwenden wir auch in dem digitalen Wegweiser, um das Erlernen der deutschen Sprache zu ermöglichen. Die Plattform findet man unter:

www.open-deutsch.de.



Von Jonathasmello - Eigenes Werk,
CC BY 3.0

11. Das Projekt MobiJob – Mobile Jobberater für geflüchtete Menschen



Das Team von MobiJob (Foto: GesBiT mbH / MobiJob)

Das Projekt *MobiJob* ist seit 2016 beratend im Bereich der Arbeitsmarktintegration geflüchteter Menschen tätig. Mittels aufsuchender Arbeit in den unterschiedlichen Bezirken und individueller, bedarfsorientierter Einzelberatung unterstützen acht Berater*innen geflüchtete Menschen auf ihrem Weg in Arbeit und Ausbildung.

Das Angebot von MobiJob umfasst die Beratung zur beruflichen Orientierung, Hilfe bei der Stellensuche, Tipps zur Bewerbung, Unterstützung bei Lebenslauf und Anschreiben sowie die Vorbereitung auf Vorstellungsgespräche. Die Beratungen finden auf Deutsch, Englisch, Arabisch und Farsi statt. Darüber hinaus werden regelmäßig Bewerbertage bei Unternehmen

(*JobKontakt*), Austauschplattformen für Geflüchtete (*JobDialog*), Workshops sowie weitere Informationsveranstaltungen angeboten.

Die mobile Jobberater für geflüchtete Menschen ist ein Projekt der *GesBiT – Gesellschaft für Bildung und Teilhabe mbH* und wird durch die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales gefördert.

Alle Angebote von MobiJob sind freiwillig und kostenlos.

Aktuelle Standorte und Beratungszeiten finden Sie hier: <https://www.gesbit.de/arbeitsmarkt-und-beschaeftigung/mobile-jobberater/>

Kontakt:

Weitere Informationen finden Sie auf Facebook: @MobiJobBerlin

Für Rückfragen und Anfragen zu Beratungsterminen steht Ihnen die Projektleiterin Nora Kempmann zur Verfügung:

Mobil: 0157-73501147

E-Mail: nora.kempmann@gesbit.de



12. SOS-Kinderdorf: Auf einem wichtigen Gipfel angekommen

Das dreijährige Modellprojekt EVEREST für junge Geflüchtete wird zum Regelangebot der Jugendberufshilfe.

Die Freude ist groß bei den Projektpartnern ebenso wie bei den Teilnehmenden, denn EVEREST gilt seit dem 01.11.2019 nicht mehr nur als ein erfolgreiches und in Berlin einzigartiges Modellprojekt, sondern ist in den Status eines regelfinanzierten Angebots der Jugendberufshilfe erhoben worden. Das Projekt, unterstützt von der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, mit den Kooperationspartnern SOS-Kinderdorf Berlin, der Berliner Stadtreinigung (BSR), Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH, Charité CFM GmbH sowie der Volkshochschule Berlin Mitte gibt damit jungen Geflüchteten zwischen 17 und 27 Jahren die Sicherheit, dass sie sich auch in Zukunft beruflich orientieren und in Ausbildung bzw. Arbeit gehen können. Insgesamt 27 bisherige Teilnehmende haben das bereits geschafft.



Anne Merfert und Joachim Gröschke aus der Jugendabteilung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie freuen sich: „Wir können nur sagen: Ziel endlich erreicht! Im November haben wir mit dem SOS-Kinderdorf Berlin den Leistungsvertrag abgeschlossen und können damit EVEREST als eine regelfinanzierte Sonderform der teilstationären Jugendberufshilfe an den Start schicken, die sich an die ‚sozialpädagogisch begleitete Berufsvorbereitung‘ anlehnt.“

EVEREST bietet den jungen Menschen in einer 12-18-monatigen Projektphase die Chance, sich grundsätzlich beruflich zu orientieren. „Gesundheit/Soziales/Pflege“, „Gastronomie/ Hauswirtschaft“, „Handwerk“ oder „Logistik“: Was interessiert mich? Was passt zu mir? Wo habe ich besondere Talente? Erst wenn die Teilnehmer*innen nach mehrmonatiger individueller Orientierungsphase wissen, wo ihre Stärken und Interessen liegen, beginnt die Praxis-phase in den Kooperationsunternehmen BSR, Charité CFM und Vivantes.

„Die Gefahr, dass es nach dieser intensiven Vorbereitung doch nicht passt, ist gering“, weiß Virginia Scharkowsky, Leitende Koordinatorin von sozialen Maßnahmen der BSR Nachwuchs-entwicklung. „Das haben wir bei vielen bisherigen EVEREST-Teilnehmer*innen gesehen. Hier möchte ich besonders Ali und Gebri erwähnen. Die beiden jungen Männer absolvierten im Herbst 2018 erfolgreich ein Praktikum bei der BSR. Aufgrund ihrer Zuverlässigkeit, ihrer Motivation und ihres Engagements erhielten sie ab April 2019 einen Arbeitsvertrag.“



Ein schönes Beispiel für den gelungenen beruflichen Einstieg ist auch Munaf, 20 Jahre, der 2015 aus Syrien flüchten musste. Im Dezember 2017 hatte er den ersten Kontakt mit EVEREST und formulierte von Anfang an den Berufswunsch Gesundheits- und Krankenpfleger. „Mit einem Praktikum konnte sich Munaf mit dem Berufsfeld vertraut machen“, sagt Dr. Hagen Tuschke, Diplompflegepädagoge am Institut für berufliche Bildung im Gesundheitswesen bei Vivantes. „Und schnell stellte sich heraus, dass er hier auch genau richtig war. Seit April 2019 absolviert Munaf bei uns seine Ausbildung. Er hat die Probezeit erfolgreich bewältigt und wir sind mit seinen Leistungen echt zufrieden.“

Bei Munaf und bei allen anderen Teilnehmer*innen von EVEREST ist der Spracherwerb ein wesentlicher Baustein. Dagmar Müller, die im Auftrag der Volkshochschule Berlin Mitte die Sprachkurse der EVEREST-Teilnehmenden koordiniert, weist darauf hin: „Die deutsche Sprache öffnet den jungen Leuten natürlich die Türen zur Ausbildung und für eine berufliche Tätigkeit. Aber ihr Beherrschen gibt ihnen auch das gute Gefühl des Angekommenseins. Das ist immens wichtig.“

Das Gefühl, angekommen zu sein, hat auch Zeeshan, 19 Jahre, der als unbegleiteter Minderjähriger Flüchtling aus Afghanistan nach Deutschland kam. Für ihn erschien der Logistikbereich in der Charité Facility Management ein verlockendes Ziel und er startete dort im November 2017 mit einem Praktikum. „Zeeshan hat sich voller Tatendrang in das Praktikum geworfen und schnell gelernt“, erzählt Monika Wilczek, Stabsstelle Ausbildung von der Charité CFM GmbH. „So viel Motivation muss belohnt werden. Daher hat er bereits seit Juli 2018 einen festen Vertrag bei uns.“

Und sie fügt an: „2019 ist ein weiterer EVEREST-Teilnehmer, Omest aus Ghana, den Weg gegangen und verstärkt ebenfalls das Logistik-Team als fester Mitarbeiter.“

Die Regelfinanzierung von EVEREST gibt den Kooperationspartnern Planungssicherheit. Das bedeutet aber nicht, dass sie nicht auch schon in die Zukunft schauen und überlegen, was man noch besser machen kann.

Nicole Bethke, Bereichsleiterin Ausbildung & Qualifizierung im SOS-Kinderdorf Berlin, hat einige der neuen Ziele schon fest im Blick: „Momentan haben wir bei den 29 Teilnehmenden nur fünf Frauen. Das können gerne noch mehr werden. Mit gezielterer Ansprache und Ausbau des Netzwerkes werden wir zum einen mehr Frauen erreichen, aber auch weitere Zielgruppen ansprechen. Zum Beispiel junge Menschen, die selbst nicht geflüchtet sind, sondern z.B. im Rahmen des Familiennachzuges oder als EU-Binnenmigrant*innen zu uns gekommen sind.“

Und auch eine Erweiterung der Berufsfelder und damit der Unternehmenspartner ist eine Richtung, in die nun mit der sicheren Regelfinanzierung geblickt werden kann. Denkbar wäre zum Beispiel der Bereich Handel, der für einige junge Menschen in dem Projekt als berufliche Perspektive reizvoll ist. Das sind gute Aussichten mit viel Potenzial.

Das SOS-Kinderdorf Berlin dankt allen Beteiligten für die großartige Initiative, das tatkräftige Engagement und die fortlaufende Unterstützung in der dreijährigen Modellphase dieses besonderen Projektes für junge Geflüchtete in der Berliner Jugendberufshilfe.

SOS-Kinderdorf Berlin

Für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Familien hält das SOS-Kinderdorf Berlin ein vielfältiges Angebot bereit. Neben den klassischen Kinderdorffamilien setzen wir uns in Berlin-Mitte für kulturelle Vielfalt, Offenheit und soziales Engagement ein. Von Babykursen bis zur Berufsqualifizierung für junge Erwachsene bietet die Einrichtung des SOS-Kinderdorf e.V. alles aus einer Hand und kann bei Bedarf die Menschen über einen langen Zeitraum begleiten.



Mehr Informationen unter www.sos-berlin.de

Vielen Dank für Ihr Interesse und bis zur nächsten Ausgabe im April 2020:
fluechtlingsmanagement@senias.berlin.de

Ihr Team der Berliner Koordinierungsstelle Flüchtlingsmanagement www.berlin.de/koordfm
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales www.berlin.de/sen/ias/



Senatsverwaltung
für Integration, Arbeit
und Soziales



Hiermit informieren wir Sie gemäß der EU-Datenschutzgrundverordnung darüber, dass wir Ihre veröffentlichten bzw. uns mitgeteilten Kontaktdaten gespeichert haben und diese unregelmäßig für die Zusendung von Informationen unserer eigenen Publikationen und Veranstaltungen nutzen werden. Sie haben das Recht auf Löschung dieser Daten und Widerspruch gegen die weitere Verwendung. In diesem Fall senden Sie uns bitte eine Mail (Betreff: Löschung). Weiterhin haben Sie das Recht auf Korrektur Ihrer Daten, Einschränkung der Verarbeitung für bestimmte Zwecke sowie auf Anrufung des Datenschutzbeauftragten der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales datenschutz@senias.berlin.de und der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde. Weitere Informationen zum Datenschutz sowie Fragen bezüglich der Datenverarbeitung und der Wahrnehmung Ihrer Rechte können Sie sich kostenlos an unseren Datenschutzbeauftragten wenden.

Gern erteilen wir Ihnen auf die Anfrage Auskunft darüber, welche personenbezogenen Daten über Sie bei uns gespeichert sind.

Wenn Sie keinen Newsletter und keine fachlichen Informationen mehr erhalten möchten, senden Sie bitte eine E-Mail an fluechtlingsmanagement@senias.berlin.de – vielen Dank.